Monatsspiegel

Dezember 2016
Januar 2017

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Für eine Politik, die Mut macht und Vertrauen stiftet

Gegen populistische Angstmache und Ausgrenzung

Der Blick in die Vereinigten Staaten, aber auch nach Europa zeigt: Wir leben in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche größten Ausmaßes. Seit der Wahl von Donald Trump wird mit Schrecken klar, dass sich eine neue nationalistische und rechte Grundstimmung in einigen Ländern verfestigt.

Auch für Deutschland zeichnet die neue Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aktuell das Bild einer gespaltenen Gesellschaft. Denn die Leitbilder, an denen sich Menschen orientieren, klaffen immer weiter auseinander. Hass, Abschottung und Gewalt stehen Solidarität und zivilgesellschaftlichem Engagement für die Integration von Geflüchteten gegenüber.

Viele fühlen sich übergangen, verbittert und betrogen und fordern und wählen eine irgendwie andere Politik: „Wir sind das Volk“ heißt es bei vielen Misstrauensbewegungen und Protestkulturen der letzten Zeit. Im Zuge einer Selbstzuschreibung als das wahre Volk, als neuer, echter Souverän wird Abgrenzung und Ausgrenzung zum Programm: Abgrenzung vom „System“, von den „Altparteien“, von der „Lügenpresse“, von vermeintlich Fremden, von Flüchtlingen, gegen die Vielfalt der Gesellschaft. Hinzu kommt: Teile der sogenannten Mitte haben sich radikalisiert, sind mehr denn je gewaltbereit.

Dies geschieht dem Umstand zum Trotz, dass keineswegs alle Länder von wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die oftmals ursächlich derartige Stimmungen befördern, betroffen sind.

Konkurrenz um Arbeitsplätze oder Sorgen um die materiellen Lebensbedingungen erzeugen tatsächlich bei vielen Ängste und Unsicherheiten. Die Sorge abzusteigen, wenig gewinnen, aber viel verlieren zu können, befördert ein vages Gefühl der Bedrohung.

Von Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

„Wer von Angst getrieben ist, vermeidet das Unangenehme, verleugnet das Wirkliche und verpasst das Mögliche", bringt der Soziologe Heinz Bude in seinem Buch „Gesellschaft der Angst“ die Stimmung treffend auf den Punkt.

Deshalb brauchen wir eine sozialdemokratische Politik der Zuversicht, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt, die Weichen für mehr soziale Gerechtigkeit stellt und klar Position gegen Hass und Ausgrenzung bezieht!

Der Rechtsruck als Bedrohung

Die AfD hat speziell in der Flüchtlingsfrage das Unbehagen und die wach-

Fortsetzung auf Seite 3

05.12.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
06.12.	20:00	Arbeitskreis Umwelt und Energie	August-Bebel-Haus	S. 5
13.12.	19:00	Distrikt Anger-Bruck: Distriktsversammlung und Weihnachtsessen	Angerwirt	S. 11
13.12.	19:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung mit Weihnachtsfeier	Olive	S. 12
13.12.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 13
13.12.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
14.12.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 16
17.12.	15:30	Distrikt Dechsendorf: Adventsfeier	FC Dechsendorf	S. 12
20.12.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 13
21.12.	19:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung	Schützenheim	S. 12
09.01.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
10.01.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 13
10.01.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
16.01.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
17.01.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 13
18.01.	19:00	Distrikt Eltersdorf: Distriktsversammlung	Schützenheim	S. 12
18.01.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 15
23.01.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
24.01.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
26.01.	20:00	Kreismitgliederversammlung	ATSV Erlangen	S. 3
30.01.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
06.02.	19:30	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	
13.02.	19:00	Fraktionssitzung	Rathaus, 14. OG	

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Heide Mattischeck, Gertrud Reich-Schowalter, Dieter Rosner, Jens Schäfer (js), Amely Weiß (aw)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

sende Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung perfide geschürt und instrumentalisiert. Der Aufstieg der AfD verweist nicht zuletzt aber auch auf das Versagen der großen Koalition in der sozialen Frage. Mit Gerhard Schröders Agenda 2010 wurde faktisch auch eine Politik des sozialen Separatismus betrieben, Teile der Bevölkerung wurden von den Fortschritts- und Wachstumsversprechungen abgehängt. Auf die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Entfesselung der Finanzindustrie folgte eine Auflösung bestehender sozialer und politischer Bindungen quer durch die Gesellschaftsschichten hindurch. Die AfD schöpft jetzt – nicht nur, aber auch – die Wut all derer ab, die sich irgendwie benachteiligt fühlen.

Daher kommt es vor allem darauf an, die AfD bei ihren „asozialen" Forderungen zu stellen. Das wird zu einer zentralen Frage für die SPD. Verheerend wäre es, den Ressentiments der Rechten hinterher zu rennen oder populistisch „zurückzulügen". Wir müssen den Ausgrenzungs- und Verfeindungsstrategien der Aggressiv-Populisten massiver entgegentreten und viel emotionaler als bisher für Achtung für den Anderen werben.

Folgen für die SPD

Mit dem Aufstieg der AfD geht eine Destabilisierung der alten bundesrepublikanischen Parteienlandschaft einher. Es hat sich eine Neue Rechte gebildet, mit Anschlussfähigkeit bis weit in bürgerliche Milieus. Das stellt die Regierbarkeit auf Ebene einiger Länder und eventuell auch auf Bundesebene auf eine schwere Probe. Rechts von der Union ist nun nicht mehr nur noch die Wand, wie noch Franz Josef Strauß postulierte, rechts ist jetzt die AfD und damit steht das Monopol der Union auf das Wählerspektrum rechts der Mitte in Frage.

Die jüngsten Landtagswahlen haben gezeigt, dass mit den 2013 noch erreichten 25 Prozent der SPD die Talfahrt der Partei bei Bundestagswahlen keineswegs zu Ende sein muss. Gebunden an eine große Koalition, geführt von einem nicht unumstrittenem Vorsitzenden, aber aktuell ohne echte Alternative rutscht die SPD immer weiter in den Status einer Kleinpartei. Von einer ehemals stolzen Mehrheitspartei entwickelt sich die SPD zu einer reinen Mehrheitsbeschafferin – inzwischen reicht es nicht einmal mehr dazu. Für die SPD bedeuten die Erfolge der AfD somit in der Tat eine Überlebensfrage, nämlich als Volkspartei.

Wie konnte es dazu kommen, dass die Sozialdemokratie kränkelt, während ihr Kernthema, Gerechtigkeit im Kapitalismus, die Gegenwart mehr denn je betrifft? Wo ist/bleibt die „Idee des vernünftigen Ganzen" (Heinz Bude) der Sozialdemokratie?

Bis heute hat die SPD-Spitze offenbar immer noch nicht richtig begriffen, dass wir mit der Situation der Geflüchteten im Land eine völlig neue soziale Frage erleben, die die Gefahr einer weiteren dramatischen Spaltung der Gesellschaft beinhaltet. Es ist bekannt, dass die Schere zwischen Arm und Reich – und zwar bereits vor Ankunft der Flüchtlinge – noch weiter auseinander gegangen ist. Durch die anhaltende Migration droht sich diese gesellschaftliche Spaltung noch erheblich zu vertiefen.

Die soziale Frage stellen

Deshalb kommt dem Umgang mit dieser neuen sozialen Frage entscheidende Bedeutung zu. Denn anders als in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik gibt es heute eine soziale Basis für die neue rechte Bewegung und mit der Migrationsfrage ein explosives Mobilisationsthema. Finden wir keine tauglichen Antworten auf die neue soziale Frage, wird sich die Bewegung weiter nach rechts radikalisieren.

Wenn die Integration der Flüchtlinge gelingen soll, dann nur durch massive soziale Anstrengungen. Es ist daher an der Zeit, sie zu einer großen nationalen Aufgabe zu erklären, die vor allem die Begüterten in die Pflicht nimmt – durch erhöhte Abgaben und Steuern auf Vermögen und Erbschaften. Andernfalls droht eine weitere Verrohung der Gesellschaft.

Die SPD steckt nach wie vor in einer Vertrauenskrise und muss ihr Profil schärfen Die Devise lautet: Mehr Profil zeigen und den Mut haben, bei zentralen Themen unsere klare Gegenposition zur CDU oder zur CSU deutlich zu machen. Deshalb müssen wir jetzt aktiv werden. Nur darauf zu hoffen, dass es schon nicht so schlimm kommt, wäre die falsche Strategie.

Gerade jetzt brauchen wir neue Klarheit über unsere Richtung und neues Selbstbewusstsein bei unseren Zielen. Idee und Praxis der Sozialdemokratie brauchen wieder eine sehr prinzipielle Begründung. Lassen wir es hieran fehlen, werden wir Sozialdemokraten aus dem historischen Tief nicht wieder herausfinden, in das unsere politische Bewegung geraten ist.

Wir werden nicht umhin kommen, den in den letzten Jahren verblassten Markenkern der Gerechtigkeit neu zu erobern. Das gelingt dann, wenn wir uns vor allem um die Probleme der Menschen vor Ort kümmern.

Klare Positionierung notwendig

Wir müssen den sozialen Wohnungsbau massiv ausbauen. Auch der Immo-

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 26. Januar 2017, 20.00 Uhr
ATSV Erlangen, Paul-Gossen-Straße 58

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Das bayerische „Integrationsgesetz": Ein Ausgrenzungsgesetz?
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

bilienbesitz (gerade für kleinere und mittlere Einkommen) sollte gefördert werden, z.B. durch Genossenschaftsmodelle oder durch Staatsfonds.

Wir brauchen ein neues Zukunftsinvestitionspaket. Die Politik der Schwarzen Null muss ein Ende haben. Öffentliche Investitionen – vor allem in die Infrastruktur und zur Integration der Flüchtlinge – müssen angekurbelt werden. Vor allem belastete Kommunen brauchen die Unterstützung des Bundes, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können.

Wir müssen auf dem Arbeitsmarkt nach dem Mindestlohn nun unbedingt die Zeit nutzen und Leiharbeit, Minijobs und Werkverträge eindämmen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und ein ausgebauter, geförderter und sozialer Arbeitsmarkt gehören genauso dazu, wie Solo-Selbstständige zu unterstützen und die Mittelschicht zu stärken.

Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem, welches untere und mittlere Einkommen entlastet und große Einkünfte und Vermögen belastet. Dazu müssen die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge wieder abgeschafft und die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Die Erbschaftsteuer muss so ausgestaltet werden, dass große Betriebsvermögen nicht annähernd steuerfrei übertragen werden können. Ein höherer Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer könnte zu einer Reduzierung der anderen Steuersätze genutzt werden.

Wir brauchen die Bürgerversicherung. Es ist eine gesamtgesellschaftliche – und damit politische – Aufgabe, dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich auf eine gute gesundheitliche Versorgung verlassen können – unabhängig von ihrem Einkommen.

Wir müssen die gesetzliche Rente stärken. Das Rentenniveau darf nicht weiter absinken. Die Erwerbsminderungsrente muss armutsfest ausgestaltet werden. Die Riesterrente ist ineffektiv und teuer und muss abgeschafft werden. Wir brauchen eine Solidarrente (Lebensleistungsrente), die Angleichung in Ost und West und den Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu einer echten Arbeitsversicherung

Lasst uns im Sinne unserer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nach einer Politik streben, die wärmt, wie es Heribert Prantl in der SZ vom 14. November so treffend formuliert hat.

Herzlichen Glückwunsch an Maria Schmeets!

Von Heide Mattischeck
Bundestagsabgeordnete a.D.

Am 9. Dezember kann Maria Schmeets ihren 90. Geburtstag feiern. Ihre Kindheit und Jugend waren geprägt vom Leben im nationalsozialistischen „Dritten Reich“. Hineingeboren in eine sozialdemokratische Familie musste sie schon sehr früh lernen, in einem unmenschlichen System zu leben, in dem man nur unter Gefahr für Leib und Leben seine wirkliche Meinung äußern konnte. Sie hat in vielen Veranstaltungen immer wieder geschildert, wie besonders Heranwachsende der Indoktrination mit nationalsozialistischem Gedankengut ausgesetzt waren. Diese Erfahrungen haben Marias spätere politische Aktivitäten entscheidend beeinflusst.

Während ihrer Ausbildung nach Kriegsende an der katholischen „Sozialen Frauenschule“ nahm sie an einem

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Dezember und Januar Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

02.12. Helmut Straub
85 Jahre

06.12. Peter Wissmann
80 Jahre

07.12. Johannes Scholz
73 Jahre

09.12. Maria Schmeets
90 Jahre

11.12. Dietmar Habermeier
79 Jahre

11.12. Heidelinde Gahler
70 Jahre

14.12. Werner Karr
79 Jahre

20.12. Werner Funk
88 Jahre

23.12. Ludwig Mühlbauer
76 Jahre

25.12. Robert Thaler
73 Jahre

29.12. Klaus Spinnler
60 Jahre

30.12. Erich Opel
80 Jahre

30.12. Fred Milzarek
70 Jahre

31.12. Klaus Mattischeck
77 Jahre

31.12. Detlef Sondermayer
75 Jahre

31.12. Dietmar Hahlweg
82 Jahre

01.01. Narendra Dev Paliwal
78 Jahre

04.01. Ehrhard Peiberg
75 Jahre

06.01. Peter-Gerd Gollwitzer
70 Jahre

10.01. Norbert Fuchs
73 Jahre

12.01. Joachim Wolter
76 Jahre

29.01. Manfred Wolter
74 Jahre

31.01. Adolf Steinmüller
99 Jahre

Jugendlager des „Service Civil International“ teil, einer Organisation der internationalen Friedensbewegung. Hier fand sie einen weiteren Schwerpunkt für ihr späteres Engagement: Der Einsatz für Frieden und Abrüstung.

1963 führte Maria Schmeets der berufliche Weg nach Erlangen, wo sie bis zu ihre Pensionierung 1985 als Sozialarbeiterin bei der Stadt Erlangen tätig war. 1975 trat sie in die SPD ein. Als 1979 aus der aktiven Frauengruppe in Erlangen die ASF entstand, war sie beinahe von Anfang an dabei. Hier fand sie ihre eigentliche politische Heimat und ein weites Betätigungsfeld. Viele frauenpolitische Projekte wurden maßgeblich von ihr angeschoben, entwickelt und geprägt. So hatte sie großen Anteil an der Konzeption der ASF für eine Gleichstellungsstelle, die in diesem Jahr ihr 30jähriges Jubiläum feiern kann. Sie hat die wichtige Ausstellung „Gewalt gegen Frauen – alltäglich, tagtäglich“ entscheidend mitgestaltet. Sie hat immer wieder und sehr beharrlich an dem Thema „Frauensprache“ gearbeitet, was in jener Zeit oft hämisch kommentiert wurde. Auch das Thema „Frauen im Nationalsozialismus“ hat Maria immer regelmäßig auf die Tagesordnung gesetzt. Bei internen Diskussionen, aber auch öffentlichen Veranstaltungen, z.B. anlässlich der Reichspogromnacht, war sie stets eine kompetente und überzeugende Gesprächspartnerin. Maria Schmeets hat aber auch ganz praktisch mit angepackt. Dass es ein über viele Jahre sorgfältig gepflegtes ASF-Archiv gibt, ist ihr und Elli Poeschel zu verdanken. Die Erlanger SPD hat Maria Schmeets für ihre Verdienste 2002 mit der August-Bebel-Uhr geehrt und ihr damit die verdiente Anerkennung ausgesprochen.

Liebe Maria, Du hast die intensive frauenpolitische Diskussion in den 80er Jahren in der Erlanger ASF und der Partei insgesamt maßgeblich mit vorangetrieben – mit neuen Ideen und geprägt von sehr viel Lebenserfahrung. Du warst in Deiner Argumentation beharrlich und in Deinen Grundüberzeugungen unbeirrbar, in der Diskussion aber humorvoll und mit hintergründigem Humor ausgestattet. Du kannst stolz auf das sein, was Du gemeinsam mit anderen erreicht hast.

Wir, die Erlanger SPD und ich ganz persönlich, gratulieren Dir zu Deinem 90. Geburtstag und wünschen Dir, dass Du diesen in Gesundheit verleben kannst.

Helga Steeger erhielt die August-Bebel-Uhr

Viele Genossinnen und Genossen für langjährige Mitgliedschaft geehrt

(pd) In der Ehrungsveranstaltung Ende November hat die Erlanger SPD Helga Steeger mit der August-Bebel-Uhr, der höchsten Auszeichnung der Erlanger SPD, geehrt. Die Bebel-Uhr, die alle zwei Jahre verliehen wird, ist eine Nachbildung der Taschenuhr des SPD-Mitbegründers August Bebel, die der Legende nach von Parteivorsitzendem zu Parteivorsitzendem weitergereicht wird.

Laudatorin Gisela Niclas würdigte die Arbeit, die Helga Steeger nicht nur in zwei Amtszeiten als Stadträtin (1996 bis 2002 und 2008 bis 2014) und Vorsitzende des Seniorenbeirats (2009 bis 2014), sondern auch in vielfältigen anderen Tätigkeiten geleistet hat: „Für mich, für uns alle bist du ein Vorbild! Deine Grundhaltung ist inspiriert von Willy Brandts Botschaft der frühen siebziger Jahre: ‚Mehr Demokratie wagen‘. Diese steht für dich nicht nur für aktive Beteiligung an der Politik ‚vor Ort‘ und darüber hinaus, für den Einsatz für Gleichstellung, Bildungschancen und soziale Gerechtigkeit, Frieden in der Welt und Frieden zwischen Mensch und Natur; mehr Demokratie wagen schließt für dich auch die kritische Auseinandersetzung mit den jeweils aktuellen politischen Themen mit ein, das reicht vom Nato-Doppelbeschluss über die Hartz-Gesetze bis hin zu Klimawandel, TTIP usw.“

Besonders ging Gisela Niclas auf die kommunalpolitische Arbeit von Helga Steeger ein, die im Distrikt West verankert ist und die Entwicklung Büchenbachs mit geprägt hat: „Dort wurden die Visionen unserer SPD von einer umweltfreundlichen Stadt umgesetzt: Ökologisches Bauen, kurze Wege, Vorrang für Fußgänger, Fahrräder und den ÖPNV, viel Platz für Kinder, viel Grün für alle Generationen, soziokulturelle Infrastruktur, damit gute Nachbarschaft und eine lebendige Bürgergesellschaft wachsen und gedeihen können. Der Holzweg als erhaltenswertes Naturdenkmal, die Wiesen, die Weiher und der Wald rund um Büchenbach sind wichtige Naherholungsflächen, aber auch Teil unserer natürlichen Lebens-

Helga Steeger mit der August-Bebel-Uhr, beglückwünscht von (von links) der stellvertretenden Kreisvorsitzenden Sandra Radue, Oberbürgermeister Florian Janik, MdL Alexandra Hiersemann, Bezirksrätin und Laudatorin Gisela Niclas, dem Kreisvorsitzenden Dieter Rosner und MdB Martina Stamm-Fibich (Bild: Günter Laurer)

Arbeitskreis Umwelt und Energie

Liebe Genossinnen und Genossen,
der AK Umwelt und Energie trifft sich wieder am

Dienstag, 6. Dezember, 20 Uhr, August-Bebel-Haus, Friedrich-List-Str. 5, Sitzungszimmer unten

Der Eingang befindet sich unten über den Parkplatz.

Thema werden unsere Forderungen zum Bundeswahlprogramm sowie Naturschutz und Begrünung sein.

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter

grundlagen. Ihr Schutz ist für dich als Mitglied im Bund Naturschutz nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern auch dein ganz persönliches Anliegen." In der zweiten Amtszeit im Stadtrat lag Helga Steegers Schwerpunkt dann auf der Seniorenpolitik: „Deine Forderung nach Barrierefreiheit, dem Bau von mehr Sozialwohnungen und bezahlbaren Mieten wird noch heute, Jahre nach deiner Zeit im Aufsichtsrat der Gewobau dort sofort mit dem Namen Helga Steeger verbunden. Würdevolle Pflege im Alter war dein Thema lange vor dem Pflegestärkungsgesetz. Leben mit Demenz, integriert in der Stadtgesellschaft und nicht irgendwohin ausgegrenzt, war dein Anliegen. Die Einrichtung der Erlanger Demenz-WG in der Wilhelminenstraße mitten im Wohnquartier Buckenhofer Siedlung, ein Kooperationsprojekt von ASB und Gewobau, hast du mit allem Nachdruck unterstützt."

„Eigentlich brauchst du die August-Bebel-Uhr als politischen Kompass gar nicht. Du trägst deinen politischen Kompass, unsere sozialdemokratischen Werte, in deinem Bewusstsein und in deinem Herzen, und du handelst glaubwürdig danach. Aber genau deswegen hast du sie verdient", schloss Gisela Niclas ihre Laudatio.

Neben der Auszeichnung für Helga Steeger konnt die Erlanger SPD auch viele Genossinnen und Genossen für langjährige Mitgliedschaft ehren. Darunter war Andreas Hahn für 70 Jahre, Adolf Steinmüller und Heinz Triftshäuser (65 Jahre), Kurt Steinmüller (60 Jahre) sowie Horst Frank, Annette Fichtner, Anke Peters und Hans Scheyer für 50 Jahre. Weitere Genossinnen und Genossen wurden für 40, 25 und 10 Jahre Mitgliedschaft geehrt.

Andreas Hahn erhält die Urkunde für 70 Jahre Mitgliedschaft von Sandra Radue und Dieter Rosner – und zeigt sein 1946 ausgestelltes Parteibuch (Bild: Günter Laurer).

Geehrt für 65 Jahre Mitgliedschaft: Heinz Triftshäuser. Der zweite „65er", Kurt Steinmüller, war leider verhindert (Bild: Günter Laurer)

Bürgersprechstunde in Frauenaurach: Ein Konzept mit Potential!?

(js) Nach langer Vorbereitungszeit hat am 22. Oktober die erste Bürgersprechstunde in Frauenaurach stattgefunden. Hinter diesem (vermutlich noch nicht endgültigen) Namen verbirgt sich die Idee, den Bürgern in den Erlanger Vororten die politische (Lokal-)Prominenz der SPD aus Erlangen und Umgebung näher zu bringen und aktuelle Themen zu besprechen und zu diskutieren.

Das Thema der ersten Vormittagsveranstaltung hat sich mit dem Verkehr in und um Erlangen beschäftigt, hatte aber auch Platz für alle anderen Dinge, die den Frauenaurachern auf dem Herzen lagen, „Verkehr und mehr" eben. Als Gast konnten wir für dieses Thema unsere verkehrspolitische Sprecherin im Erlanger Stadtrat, Felizitas Traub-Eichhorn, gewinnen, die Fragen wurden von knapp 10 Bürgern gestellt. In gut eineinhalb Stunden wurden Themen wie die fehlende bzw. unzureichende Geschwindigkeitskontrolle in der Brücken- und Erlanger Str., die Parksituation in selbiger, aber auch am Ritter St. Georg oder die Fahrrad- und Fußgängerwege am neuen Herzogenauracher Damm besprochen. Ein Vorschlag, den Busverkehr zu optimieren, indem Albertusstraße und Gostenhoferstraße für diesen zur Einbahnstraße umfunktioniert werden, soll zunächst einmal im Ortsbeirat besprochen werden. Nicht zuletzt waren auch „Problemkinder" wie die StUB und ihr Streckenverlauf ein Thema, wobei alle Unklarheiten und Bedenken geklärt werden konnten.

Viele Themen der Bürgerspechstunde waren rein informativer Natur, alle anderen Dinge sollen nun nach und nach im Distrikt diskutiert und ggf. in die entsprechenden Gremien gebracht werden. Diese Form der zusätzlichen Bürgerbeteiligung – aber vor allem Information – kann ein richtiges Erfolgskonzept werden, wenn mit den angesprochenen Themen vernünftig umgegangen wird und vor allem eine Regelmäßigkeit der Veranstaltungen eingehalten wird. Deshalb läuft die Planung für das nächste Jahr bereits auf Hochtouren, um zwei bis drei Sprechstunden anbieten zu können, vermutlich mit Themen zur Kinderbetreuung und der Bundestagswahl. Wenn es auch bei den folgenden Terminen eine ähnliche Resonanz gibt, können wir vollauf zufrieden sein, wobei es immer Potential nach oben gibt.

AsF Mittelfranken feierte 40-jähriges Jubiläum

(aw/pd) Im Oktober feierte die AsF Mittelfranken mit einem Festakt im Gewerkschaftshaus in Nürnberg ihr 40-jähriges Jubiläum.

DIe Bezirksvorsitzende Amely Weiß begrüßte die zahlreich erschienenen Genossinnen und Gäste mit Kurzinterviews. Aus allen Unterbezirken Mittelfrankens waren Frauen gekommen und berichteten von Ihrer Arbeit. Anschließend gab es verschiedene Stationen in Zehn-Jahres-Schritten, die deutlich machen, was die Arbeit der AsF-Frauen verbindet: Der Kampf um die Quote, die Abtreibungsdebatte, das Reißverschlussverfahren auf Wahllisten und natürlich die politische Teilhabe der Frauen an allen politischen Themen.

Die AsF-Bundesvorsitzende Elke Ferner erinnerte in ihrer Festrede an die Abschaffung der Hausfrauenehe: Nur mit Einverständnis des Mannes durfte die Frau arbeiten. Das Abtreibungsgesetz und die Aktion „Mein Bauch gehört mir“ sind leider auch heute wieder mehr denn je in den Fokus gerückt: Aktuell sollte in Polen ein neues Gesetz zur weiteren Verschärfung des Abtreibungsgesetzes verabschiedet werden, welches jetzt glücklicherweise keine Mehrheit im polnischen Parlament fand. Ein weiterer Meilenstein war 1997: Hier wurde die Vergewaltigung in der Ehe erstmals unter Strafe gestellt. Im Juli dieses Jahres wurde endlich das Sexualstrafrecht reformiert und der Grundsatz „Nein heißt Nein“ entsprechend verankert; jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung wird damit bestraft.

Die Diskussion um die Forderung nach einem Pflegeunterstützungsgeld wird sicherlich ein zukünftiges Thema für die Genossinnen sein: Denn auch hier sind es die Frauen, die überwiegend die Pflege von Angehörigen übernehmen. Ebenso wird das Anrecht auf Ganztagsschulpflicht in der ein oder anderen politischen Debatte kontrovers diskutiert werden. „Nur so kann man dem Rechtsanspruch auf Bildung gerecht werden und das bundesweit!“ so Ferner.

„40 Jahre Arbeit für die Gleichstellung der Frau in Familie, Beruf, Gesellschaft und Politik haben große Fortschritte für Frauen gebracht. Aber es gibt immer noch Handlungsbedarf: in Mittelfranken, Deutschland, Europa und weltweit. Dafür setzen wir uns ein: Damit die Gleichstellung der Frau eine Selbstverständlichkeit wird“, betonte die ASF-Vorsitzende Amely Weiß in Ihrem Schlusswort.

Fotos: Oben: Elke Ferner, AsF-Bundesvorsitzende und Amely Weiß, AsF-Bezirksvorsitzende; Mitte links: Amely Weiß und Alexandra Hiersemann MdL; Mitte rechts: Heide Mattischeck, MdB a.D., Lissy Gröner, MdEP a.D. und Elke Ferner; unten: Gertrud Reich-Schowalter und Elke Ferner (Alle Fotos: Gertrud Reich-Schowalter)

Fairer Handel seit 1981 – Der Dritte-Welt-Laden Erlangen wird 35

Überall auf der Welt möchten Menschen mit ihrer Arbeit mindestens so viel verdienen, dass sie davon leben können. Doch in vielen Ländern Afrikas, Asiens und Südamerikas ist das nicht der Fall. Dort leben und arbeiten nach wie vor unzählige Menschen unter miserablen Bedingungen. Obwohl sie hart arbeiten, bekommen sie für ihre landwirtschaftlichen oder handwerklichen Produkte nur wenig Geld. Denn die meisten Kleinbauern und Handwerker können ihre Produkte nicht direkt verkaufen, sondern sind auf Zwischenhändler angewiesen, die die Preise zu ihrem eigenen Vorteil diktieren. Der Verdienst reicht für die Familien kaum zum Überleben. Oft müssen auch die Kinder arbeiten, um zum Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Ein Schulbesuch ist für sie dann nicht möglich und ein Ausweg aus der Armut dauerhaft versperrt!

Was will und kann der Faire Handel erreichen?
Der Faire Handel setzt sich für bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte ein. Er ermöglicht Kleinbauern und Handwerkern aus Entwicklungsländern den Marktzugang in Industrieländern und fördert langfristige und direkte Handelsbeziehungen. Der Zwischenhandel wird weitgehend ausgeschaltet. Dadurch wird sichergestellt, dass ein höherer Anteil des Verkaufspreises tatsächlich den Produzenten zu Gute kommt. Für die Produkte werden faire Preise gezahlt, die zwischen den Handelspartnern langfristig festgelegt werden, um Schwankungen des Weltmarktes auszugleichen. Die Produzenten bekommen zudem einen Teil des Kaufpreises im Voraus ausgezahlt, um beispielsweise Rohstoffe und Saatgut zu kaufen. Damit sind die Kleinbauern und Handwerker nicht länger auf lokale Geldverleiher angewiesen, die oftmals völlig überzogene Zinsen verlangen. Darüber hinaus wird für viele Produkte eine Fairtrade-Prämie bezahlt. Die Bauern entscheiden gemeinschaftlich, wofür die Fairtrade-Prämie verwendet wird, z.B. für die Wasserversorgung, den Bau von Schulen oder die medizinische Versorgung. Außerdem sind im Fairen Handel ausbeuterische Kinderarbeit und Zwangsarbeit verboten. Angestellte auf Plantagen und in Fabriken erhalten eine angemessene Bezahlung und profitieren unter anderem von Schutzkleidung oder sozialer Vorsorge – Dinge, die bei uns selbstverständlich sind.

Und was können wir tun?
Wir Konsumentinnen und Konsumenten haben durch den Kauf von fair gehandelten Produkten direkte Einflussmöglichkeiten auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen in anderen Erdteilen! Und je mehr Menschen hier zu Lande fair gehandelte Produkte einkaufen, desto besser sind die Einkommensmöglichkeiten der Produzenten im Süden Der faire Handel trägt direkt dazu bei, dass Familien in Entwicklungsländern von ihrer Arbeit angemessen leben können.

Dritte Welt Laden Erlangen e.V.

... nicht nur, aber besonders zur Weihnachtszeit ...
Der Dritte Welt Laden am Neustädter Kirchenplatz führt neben Kaffee, Tee und Schokolade ein breites Angebot von fair produzierten Waren. Es gibt Nikoläuse und Adventskalender, Nüsse und Trockenfrüchte, Rumkugeln und Spekulatius, Christbaumschmuck, Socken, Schals und vieles andere mehr.

Schaut doch einfach mal vorbei!
- Montags bis Freitags: 10 bis 18 Uhr
- Samstags: 10 bis 14 Uhr

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Februar 2017:
27. Januar 2017

Aus dem Bauch gesprochen:

Der Gegenwart wieder eine Zukunft geben

Von Monika Fath-Kelling

Dezember... die „stimmungsvollste“ Zeit des Jahres! Auf jeden Fall die Zeit des Jahres, in der die Menschen am meisten (fremd) „gestimmt“ werden.

Mit allen alten und neuen manipulativen Methoden und Werbestrategien sollen „die Menschen da draußen“ wahlweise „ihr Herz für sozial Schwache entdecken“, „ihren Lieben pures Glück schenken“, „Kinderaugen zum Leuchten bringen“, „sich aufs Wesentliche besinnen“. Wobei stets natürlich offen bleibt, was pures Glück oder das Wesentliche sein könnte. „Die Langsamkeit wieder entdecken“ beim „perfekt inszenierten Festtagsmenü“, das, „völlig entspannt“, „einmal ganz die Familie in den Mittelpunkt“ stellt. Vorher muss dafür „selbstverständlich“ das, dies und jenes getan, durchdacht, angeschafft werden ... Soweit die Ü50-„Weihnachtsidylle“, in der für einen Moment nostalgischen Sei-

fenblasenglücks das Hirn ausgeschaltet und nur den „Regungen des Herzens folgend“ nach Kräften das Bruttosozialprodukt gesteigert werden soll.

Wer jetzt glaubt, das sei schon „ganz unten“: Mitnichten! Für die Generation Facebook, Twitter und Co. gibt es noch einen tieferen Kreis der Hölle. Dort wird eine „qualitätsvolle Gegenwart“ inszeniert, nicht etwa um einen rauschhaften Augenblick zu erleben, sondern ihn zu dokumentieren und zu archivieren.

Um im „sozialen Netzwerk“ eine perfekt inszenierte Vergangenheit (Facebook ist schließlich eine Chronik vergangener Augenblicke) vorweisen zu können, wird schon das „Hier und Jetzt“ geopfert. Von der Zukunft ganz zu schweigen. Dass es ein unmögliches Unterfangen ist, sich ausschließlich im Hier und Jetzt zu vergnügen und für das „Morgen“ keinerlei Plan, Richtung oder Idee zu haben außer einem „es soll immer so weiter gehen“, „verschweigt des Sängers Höflichkeit“.

Diese Art penetranter Rückwärtsgewandtheit verstimmt und deprimiert. Im Dezember nur augenfälliger als sonst.

Lasst uns wieder viel mehr Zeit auf „Gedanken um Zukunft“ verschwenden.

Ja, VERSCHWENDEN, arglos, ohne Kalkül, naiv. Fragen, was wir heute politisch, wirtschaftlich, privat tun (oder besser lassen) sollten, um uns und unseren Nachfolgenden noch alternative „Lebbarkeiten“ zu lassen. Nur mit einer ungefähren Vorstellung von gelungenem Leben ist sinnerfülltes Leben überhaupt möglich. Dieses „gelungen“ und „sinnerfüllt“ muss stets neu verhandelt werden, allgemein ebenso, wie individuell.

Rasant steigende Mengen verstimmter und fremd „gestimmter Wutbürger“, die bereit sind ihren Stimmungen „freien Lauf zu lassen“ selbst um den Preis unserer über Generationen erkämpften freiheitlichen Demokratie: Ein Albtraum, der sich gerade beginnt zu realisieren. „Weiter so“ verfängt nicht mehr. Hier und da ein bisschen halbherzig rumdoktern auch nicht. Wer unerwartet wagt, gewinnt oft viel.

Für eine gute Bürgerbeteiligung in Erlangen

Von Gerhard Carl

Die Ergebnisse aus der repräsentativen Befragung zum „Leben in Erlangen 2016“ bestätigen die Erfahrungen und Bedarfe, die bei der Entwicklung des Leitbilds „Gute Bürgerbeteiligung“ gesammelt wurden.

Für eine gelingende Beteiligung ist umfassende Information ganz wichtig: Die Auswirkungen von laufenden bzw. zukunftsweisenden Projekten (z.B. im Wohnungsbau, Stadtteil Regnitzstadt, Zukunft Altstadt, Landesgartenschau, StUB) sind aufzuzeigen, um Betroffene zu sensibilisieren. Informationen sind sowohl im Vorfeld als auch im Nachgang von Beteiligungsprozessen zentral. Mit ihrem umfassenden Internetangebot und dem Ratsinformationssystem, das sämtliche Stadtratsvorlagen enthält, bietet die Stadt Erlangen bereits ein umfassendes und transparentes Informationsangebot.

Dazu aus dem Leitbild Bürgerbeteiligung:

„Gute Bürgerbeteiligung braucht frühzeitige, umfassende, verständliche und zugängliche Informationen. Das umfasst:

- *die Begründung der Planungen*
- *die Ideen und inhaltliche Überlegungen*
- *die Information über die Wirkung und Konsequenzen der Planungen*
- *die Erläuterung der Finanzierung*
- *die Erläuterung der Beteiligungsmöglichkeiten*
- *die Transparenz der Zeitplanung*

Gute Bürgerbeteiligung braucht verlässliche und wertschätzende Kommunikation auf Augenhöhe. Das erfordert:

- *eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung*
- *verlässliche, erreichbare Ansprechpartner*
- *Formate und Zeitfenster für Rückmeldungen*

Gute Bürgerbeteiligung beginnt zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Ziel ist eine gut informierte Bürgerschaft. Das erfordert:

- *von Seiten der Verwaltung die Veröffentlichung einer Vorhabenliste mit Zeitplan und vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten*
- *die Veröffentlichung dieser Vorhabenliste auch über Aushänge in Stadtteilzentren und anderen öffentlichen Gebäuden*
- *eine Möglichkeit für die Bürgerschaft, das vorgesehene Beteiligungsformat zu diskutieren*

Gute Bürgerbeteiligung nutzt niedrigschwellige, offene und möglichst breite Beteiligungsformate und ermöglichen positive Erfahrungen im Prozess. Dazu braucht es:

- *aktivierende Arbeit in Stadtteilen durch verstärke Nutzung dort bestehender Einrichtungen*
- *Unterstützung von Initiativbildung*
- *Zielgruppenspezifische Förderung der Beteiligungsmöglichkeiten*

Gute Bürgerbeteiligung nutzt vielfältige, attraktive Veranstaltungsformate und Methoden. Das umfasst:

- *den niedrigschwelligen Zugang durch größtmögliche Barrierefreiheit oder einfache Sprache*
- *die Aufbereitung der dazu notwendigen Informationen*
- *eine Festlegung des Beteiligungsformates in der Konzeptphase der jeweiligen Projekte*

Stufen der Beteiligung:

- *Mithören (Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Planungsthemen, Öffentliche Einsichtnahme, Aushang)*
- *Mitsprechen (Öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Befragungen, BürgerInnenversammlungen)*
- *Mitwirken/Mitarbeiten (Runder Tisch, Arbeitsgruppen, Zukunfts-werkstatt)*
- *Mitentscheiden (Stadtrat und Gremien mit Stimmrecht)“*

Zentrale Bedeutung für die städtische Kommunikation kommt den digitalen Medien zu. Zu prüfen ist deshalb, wie der Ausbau des Informationsangebots über die Homepage und Soziale Medien gestärkt werden kann.

Wir fahrn fahrn fahrn auf der Autobahn ...

Klar ist, dass es keine Privatisierung der Straßen gibt?

Von Monika Fath-Kelling

So ganz nebenbei, in netter Mitgliedsbrief-Optik, war's versteckt: „Wir konnten durchsetzen, dass die Privatisierung von Bundesstraßen und Bundesautobahnen ausgeschlossen wird."

Was für ein Fest wäre das, wenn es denn stimmen würde. Denn stimmen tut das nicht einmal fast! Bei den Planungen zum Bundesfernstraßennetz geht es um die Verteilung eines Kuchens von mindestens 200 Milliarden Euro. Durch Schaffen einer privatrechtlich organisierten Infrastrukturgesellschaft soll künftig Banken und Versicherungen zu Investitionsmöglichkeiten verholfen werden (siehe Riesterrente...).

Nun könnte man fragen: Wie sonst sollen diese Finanzinstitute ihre Verpflichtungen erfüllen, die sie in Zeiten sprudelnder Zinsquellen eingegangen sind? Hmmm, greifen jetzt auch die Mechanismen der deregulierten Märkte, die so enthusiastisch gefeiert wurden? Natürlich nicht, denn nur wenn die Sache Profit beschert, sollen die Regeln gelten, bei anderen Bescherungen soll sich der „schlanke Staat" als „Master des Desasters" in die Bresche werfen. So weit so schlecht. Man könnte jedoch auch fragen, warum die Allgemeinheit an Privat eine Rendite zahlen sollte, die höher ist als die Zinsen bei Eigenverschuldung. Schließlich wurde das vom Bundesrechnungshof schon mehrfach vorgerechnet. Auch könnte der Bund ja wieder mit Bundesschuldverschreibungen direkt beim Bürger Kredit aufnehmen. Den freiwilligen Verzicht auf dieses politische Instrument zu Gunsten der Privaten Geldhäuser habe ich nie begriffen ...

Aber weiter in unserer Textanalyse: „Es soll eine unter staatlicher Regelung stehende privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft eingesetzt und das unveräußerliche Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen im Grundgesetz festgeschrieben werden".

Diese „Lösung" könnte den Staat keineswegs hindern, die Infrastrukturgesellschaft sogar bis 100 Prozent zu verkaufen (Post/Telekommunikation). Beim Börsengang der DB zeigten sich die Bürger schon widerspenstiger. Und der zweite Halbsatz bedeutet lediglich, dass der Bund formal noch als zahnloser Tiger/Eigentümer im Grundbuch stünde. Planung, Bau, Erhalt und Finanzierung könnte komplett an Privat übertragen werden. Auch einer Mauterhebung durch die private Gesellschaft stünde nichts im Wege.*

Per „Direktkommunikation" habe ich Sigmar eine Mail geschrieben in etwa folgenden Inhalts: Ob beabsichtigt sei, wie bei der DB, das angeblich derzeit unzureichend arbeitende Personal unter privatrechtliches Kuratel zu stellen („Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung bleiben natürlich im öffentlichen Dienst und werden auch in Zukunft am gleichen Ort arbeiten wie bislang") eine AG in 100 Prozent „Staatseigentum" zu schaffen, um dann europa- oder weltweit als privatrechtlicher Konzern agieren zu können. Ich habe folgende Antwort erhalten, die mich ratlos zurücklässt:

„Liebe Monika,
vielen Dank für Deine E-Mail, die uns am 17. Oktober 2016 erreicht hat.

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Sicherlich hast Du Verständnis dafür, dass unser Parteivorsitzender Sigmar Gabriel nicht alle an ihn gerichteten Zuschriften persönlich beantworten kann.

Die Umsetzung des Beschlusses zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen und anderen Fragen der föderalen Beziehungen hat erst begonnen und muss jetzt im Detail verhandelt werden.

Der Beschluss zum Bund-Länder-Finanzausgleich enthält auch die lang erwartete Entscheidung zur Reform der Bundesauftragsverwaltung beim Autobahnbau und evtl. bei den Bundesstraßen. Hierfür soll eine privatrechtlich organisierte Infrastrukturgesellschaft unter staatlicher Regelung eingesetzt werden und zugleich soll das unveräußerliche Eigentum des Bundes im Grundgesetz festgeschrieben werden.

Wir verstehen diese Vereinbarung in zweierlei Hinsicht: sowohl das Eigentum an den konkreten Bundesfernstraßen als auch die Infrastrukturgesellschaft Verkehr müssen im hundertprozentigen Eigentum des Bundes sein. Das muss sichergestellt sein.

Klar ist, dass es keine Privatisierung der Straßen gibt. Eine Übertragung der Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bezug auf die Infrastruktur an Private wird es nicht geben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat darüber hinaus einen Katalog von ‚roten Linien' aufgestellt, in dem die Privatisierung ausgeschlossen und die Auftragsverwaltung der Länder reformiert und optimiert werden soll. Planung, Bau und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur muss effizienter und schneller werden, um Kapazitätsengpässe der Vergangenheit zu beseitigen und mit Blick auf das gesamte Verkehrsnetz die richtigen Prioritäten zu setzen. Die Interessen der Beschäftigten werden selbstverständlich geachtet und gewahrt.

Wie weit der Umbau der Auftragsverwaltung der Länder dabei gehen wird und kann, bleibt noch zu diskutieren und zu entscheiden. Zentralsierung ist sicher nicht immer der „Königsweg".

Es liegen viele Vorschläge für die Errichtung einer Bundesfernstraßengesellschaft auf dem Tisch, die genauso wie die sich daraus ergebenden Probleme intensiv diskutiert werden müssen. In der SPD-Bundestagsfraktion gibt es beispielsweise schon länger den Vorschlag, eine staatliche Infrastrukturgesellschaft, eine Anstalt öffentlichen Rechts, einzurichten und keine privatrechtliche Gesellschaft.

Für die weiteren Diskussionen und Planungen werden wir die Kritikpunkte bedenken und berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus ..."

Wie ich die Textbausteine auch drehe und wende, ich bekomme einfach keine sinnvolle Aussage gebacken. Wenn euch das gelingt, bitte lasst mich nicht dumm sterben. Ich für meinen Teil habe dem freundlichen Mailverfasser folgendes zurückgetextet:

„Sehr geehrter Herr S.
danke wenigstens für ihre warmen Worte. Die Diskussion wird – wie auch immer – ‚verlaufen', es wird sich nicht für die Anstalt öffentlichen Rechts entschieden, sondern auf jeden Fall für die privatrechtliche Variante, mit roten Linien so rot wie bei CETA, wenigstens darauf kann man sich bei unserer derzeitigen SPD-Führung verlassen ... es ist zum Heulen.

desillusionierte Grüße aus Erlangen, Monika"

Die Bestandsstraßen sind Bürgereigentum! Neue Straßen wären eine andere Geschichte.

Es wird laufen wie seit langem schon: Vehement wird öffentlich beteuert: Privatisierung „gibt's hier nicht", praktisch vorangetrieben wird jedoch genau das Gegenteil. Siehe Privatisierung der Post, der Telekommunikation (dem einzigen Bereich, bei dem für den Bürger etwas de facto günstiger geworden ist), der Bahn, der Ökonomisierung der Hochschulen (ein ganz besonders schlagendes Beispiel wie sich Staat und Politik aus ihrer Verantwortung zurückziehen, dem Druck einer privaten Lobbyorganisation, dem Centrum für Hochschulentwicklung CHE, nachgeben und sich zur „verlängerten Werkbank" und zum „Zuschussgeber" degradieren lassen), dem öffentlichen Wohnungsbau, Krankenhäusern. Ich warte noch auf Privatisierung des Strafvollzugs und polizeinaher Tätigkeiten, oder warum nicht gleich: Des Finanzamts.

So und jetzt denken wir uns das Ganze noch zusammen mit der „Ewigkeitsklausel" des brandneuen Handelsvertrags CETA z.B., dann ist eine Renationalisierung oder erneute staatliche Übernahme der privatisierten Aufgaben „völkerrechtswidrig".

Krankes System ...

* Leseempfehlung für alle, die sich für die Auswirkung von Privatisierung öffentlicher Aufgaben interessieren: Abdruck eines Vortrags aus dem Jahr 2007 von Siegfried Broß, Verfassungsrichter, zum Thema „Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Gefahren für die Steuerungsfähigkeit von Staaten und für das Gemeinwohl?"

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade auch herzlich ein zu

Distriktssitzung und Weihnachtsessen am 13. Dezember, 19 Uhr, Angerwirt, Guhmannstraße 12

Tagesordnung:
1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Wahl einer/eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden
3. Sonstiges

KandidatInnen möchte mir bitte ihre Kandidatur schriftlich oder mündlich bekanntgeben.

Mit solidarischen Grüßen
Martin Müller

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Martin Müller
Telefon: 09131-8146092
Mobil: 0176-70156584
martin.juergen.mueller@
googlemail.com

Distrikt Dechsendorf

Vorsitzende:
Heike Fischer
Telefon: 09135-6269
h.fischer-dechso@gmail.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade Euch recht herzlich ein zu unserer Adventsfeier mit MdB Martina Stamm-Fibich am

Samstag, 17. Dezember, 15:30 Uhr, Sportheim FC Dechsendorf, Campingstraße 38

Im Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr kann jeder bei Kaffee und Kuchen seine Gedanken frei und unabhängig von den tagespolitischen Ereignissen artikulieren.

Ich würde mich sehr freuen, alle Mitglieder recht herzlich begrüßen zu können.

Mit solidarischen Grüßen
Heike Fischer

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Christian Maurer
christian2401@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächsten Distriktstreffen sind am

Mittwoch, 21. Dezember, 19 Uhr, Schützenhaus

sowie am

Mittwoch, 18. Januar, 19 Uhr, Schützenhaus

Tagesordnung:
wird jeweils aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Distriktsversammlung mit Weihnachtsfeier findet statt am

13. Dezember, 19 Uhr, Olive, Nebenraum

Wer kommen möchte, soll sich bitte bis zum 9. Dezember bei mir melden, damit ich einen Tisch reservieren kann (E-Mail schaefer-jens@gmx.net oder Telefon 0151/14984956).

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll vom 8. November

1. 750-Jahr-Feier Frauenaurach
Aufgrund von kleineren Schwierigkeiten geht die Planung der Feierlichkeiten nicht so schnell voran wie gedacht. Da man einen Termin im Oktober nicht einhalten konnte, muss nun auch das komplette Design für die Veranstaltungen selbst erstellt werden. Bis Ende des Jahres soll aber die Festschrift fertig und in alle Haushalte verteilt sein.

2. Bürgersprechstunde
Für die erste Veranstaltung dieser Serie ist diese gut angenommen worden. Ingesamt waren acht Personen anwesend. Unsere Stadträtin Felizitas Traub-Eichhorn hatte für die Fragen und Befürchtungen der Frauenauracher ein offenes Ohr und konnte viele Dinge mitnehmen. Details dazu im Beitrag in dieser Ausgabe. Das Thema für die nächste Sitzung im 1. Quartal 2017 könnte „Kinderbetreuung“ sein. Außerdem soll im nächsten Jahr eine Veranstaltung zur Bundestagswahl im 2. oder 3. Quartal stattfinden.

3. Ortsbeirat Kriegenbrunn
- Aktueller Stand Bürgerhaus Kriegenbrunn: Die Gewobau wird das Bürgerhaus bauen, es müssen derzeit allerdings noch Details zwischen Gewobau und Stadt besprochen werden (Vertragsmodalitäten). Dies soll bis Anfang nächsten Jahres passiert sein.
- Neubau Schleuse: Der Stadtrat hat beschlossen, dass ein Fahrradweg entlang der Gleise zwischen Frauenaurach und Bruck entstehen wird.

Dieser wird aufgrund der Kosten nicht hochwasserfest sein, aber durch eine Rampe barrierefrei werden.
- Randsteine im Ortskern: Es wird am 26. November um 10 Uhr eine Veranstaltung geben, zu der die Anwohner eingeladen werden und die Pläne ausgehängt werden. Nach kurzer Diskussion gibt es dann eine Abstimmung der beiden Varianten.

Jens Schäfer

Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:
Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 20. Dezember, 20 Uhr, Kulisse

und außerdem zur

Distriktsversammlung am 17. Januar, 20 Uhr, Kulisse

Zusätzlich laden wir bereits jetzt ein zur

Jahreshauptversammlung am 14. Februar, 20 Uhr, Kulisse

Tagesordnung:
1. Wahlen des Distriktvorstands und die damit verbundenen formellen Punkte
2. Diskussion und Beschluss über das Procedere der Nominierung von Kandidaten für den Stadtteilbeirat. Voraussichtlich werden 3 Kandidaten und drei Ersatzleute gebraucht.
3. Verschiedenes

Die weiteren Termine unseres Distrikts bis Sommer 2017: 14. März, 4. April, 9. Mai, 13. Juni und 11. Juli jeweils 20 Uhr, Nebenraum Kulisse.

Der Vorstand Distrikt Innenstadt lädt herzlich ein
Monika Fath-Kelling, Michael Zimmermann und Matthias Schmid

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 13. Dezember, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Rückblicke
3) Vorbereitende Gedanken zur Bürgerversammlung im Februar
4) Veranstaltung zum Thema Landesgartenschau?
5) Verschiedenes

Die Tagesordnung für die

Distriktversammlung am Dienstag, 10. Januar, 19 Uhr, Schlossgaststätte

wird kurzfristig festgelegt

Weitere Ankündigungen:
Distriktversammlung am 14. Febuar

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung vom 8. November

TOP 1: Aktuelles:
- Lebhafte Diskussion über Präsidentschaftswahlen in den USA kommende Nacht mit Vor- und Nachteilen in der Politik der beiden Bewerber.
- Schiff wurde aus Weiher entfernt und ins Gewerbegebiet verfrachtet.
- Zur Info: Krebsschere taucht im Winter auf Weihergrund ab, im Frühjahr steigt sie wieder an die Oberfläche.
- Zum Volkstrauertag wird der Män-

nergesangsverein den Gottesdienst und der Posaunenchor die Feier vor dem Kriegerdenkmal mitgestalten. Frau Grille hält die Gedenkrede.
- Gansessen am 20. November: bisher 30 Anmeldungen.

TOP 2: Ortsbeiratssitzung
- Sitzung ist vom 17. November auf 22. November verlegt, Beginn 19:30 Uhr.
- Wiese am Bach ist seit 1. September Ausgleichsfläche der Bahn. Zur Sitzung ist ein Mitarbeiter der DB eingeladen zur Erläuterung, wie sich die Bahn die Gestaltung der Fläche vorstellt. Zumindest wird eine schriftliche Stellungnahme gefordert.
- Tüten mit Hundekot werden vermehrt in Landschaft und Wald „entsorgt“. Behälter sollten aufgestellt werden. Wer ist für die Leerung zuständig?
- Straßensituation: deutliche Verbesserung.
- In Lachnerstraße/Heuweg sollte entweder immer rechts vor links gelten oder generell Vorfahrt gewährt werden (Bus). Situation ist vor allem für Ortsunkundige verwirrend.
- Wetterkreuz: Ist Markierung auf Straße für Radfahrer sinnvoll?
- Parkplatz vor Evang. Gemeindehaus wurde angeblich mit wasserdurchlässigem Beton versehen. Nach Regen bilden sich riesige Pfützen, im Winter Eisfläche.
- Kirchweih: Festwirt macht weiter. Zukünftig wird es keine Verbindung Kunst–Kerwa mehr geben.
- Fußweg nach Eltersdorf muss frei bleiben.

TOP 3: Beiträge zum Tennenloher Boten
Landesgartenschau, Digitalisierung der Arbeit, Bericht über Ausstellung und Lesung am 12./13. November, Einweihung des Kunstwerkes im Garten von Adolf Most, Interview, Ausgleichsfläche der Bahn, diverse Anzeigen.

TOP 4: Sachstand Flüchtlingsunterkünfte
Gemeinschaftsunterkunft ist aufgelöst, Fahrradwerkstatt geblieben, aller-

dings wird Mitgliedern des Helferkreises manchmal Zutritt durch Erlanger Sicherheits-Service ESS verwehrt.

TOP 5: Jahresplanung:
Sitzungen 2017: 10. Januar, 14. Februar, 14. März (Jahreshauptversammlung), 11. April, 9. Mai, 20. Juni, 11. Juli, 20. August (Frühschoppen auf Kerwa), 12. September, 10. Oktober (in Saidelsteig 62), 14. November, 12. Dezember. Beginn jeweils 19 Uhr (außer 20. August)

TOP 6: Verschiedenes
- Nachtrag zur letzten OBR-Sitzung: SVT wird um Stellungnahme zum Bewegungsparcours gebeten.
- Homepage ist aktualisiert.
- Nächster gemeinsamer Ausflug führt vom 4. bis 6. August nach Rothenburg, der Heimatstadt von Wilhelm.
- Gansessen 2017 wird am 26. November stattfinden.

Ursula Schnapper

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Westler,
zur ersten Distriktssitzung im neuen Jahr möchten wir Euch herzlich einladen. Im Dezember gibt es kein Treffen (unser Jahresabschlussessen fand bereits Ende November statt).

Wir treffen uns am

Mittwoch, 18. Januar, 20 Uhr, Gasthaus „Zur Einkehr“ (Güthlein)

Im Mittelpunkt steht das Thema „soziokulturelle Infrastruktur im Stadtwesten“. Der Leiter des städtischen Amtes für Soziokultur, Stefan Beck, wird in das Thema einführen und uns Fragen beantworten sowie mit uns diskutieren.

Außerdem natürlich Aktuelles: Berichte aus Kreisvorstand und Fraktion sowie aus dem Ortsbeirat.

Der Abend dürfte spannend werden, u.a. auch ausgehend von Planungen im Bereich Odenwaldallee/Bamberger Straße sowie Problemen im Bereich Büchenbacher Anlage. Aber auch an anderen Stellen ist es nötig, ausgehend von teilweise problematischen Bevölkerungsstrukturen sowie weiterer potenzielle Bebauung oder sich abzeichnender Probleme damit auseinander zu setzen und ggf. über vorhandene Strukturen zu sprechen.

Es wird ein spannender Abend werden. Am Thema interessierte Nicht-Genossinnen und Nicht-Genossen sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Im Auftrag des Vorstands
Gerd

P.S.: Zu unserer letzten Distriktsversammlung zum Thema „Landesgartenschau“ am 9. November kamen einschließlich Referent (Clemens Heydenreich) 17 Leute. Eine wichtige Rahmenbedingung für die Betrachtung dieses Vorhaben ist die weitere Verlagerung wichtiger Einrichtungen in Erlangen gen Süden der Stadt. Das führt dazu, dass die Zahl der Leute, die im Norden und der Mitte der Stadt flanieren, deutlich absinken wird. Daraus ergeben sich insbesondere Probleme für den dortigen Einzelhandel. Genannt seien die Schwerpunktverlagerung der Firma Siemens in Richtung Süden (südlich der Paul-Gossen-Straße), die Verlagerung des Landratsamtes durch den 2018 fertigen Neubau im Westen der Arcaden sowie die Verlagerung der Philosophischen Fakultät in den frei werdenden Himbeerpalast. Daraus resultiert die Notwendigkeit, darüber nachzudenken, wie man den Norden und die Mitte der Stadt attraktiv erhalten kann. Genosse Heydenreich, Mitglied des Freundeskreises Landesgartenschau, beschrieb diese Rahmenbedingungen ebenso wie den (aktuellen) Stand der konkreten Überlegungen und diskutierte mit uns. Zu beachten ist bei der Beschäftigung mit dem Vorhaben, dass es Bereiche gibt, die im Kontext „Landesgartenschau“ diskutiert werden müssen, die aber nicht dazu gehören. Beispielsweise gilt dies für die Zukunft des Parkplatzbereichs und des ehemaligem Naturfreunde-Geländes. Sicherlich erst dann, wenn die Vorschläge der einschlägigen Experten im Laufe der ersten Hälfte des nächsten Jahres vorliegen, ist eine detaillierte Diskussion möglich.

Am 23. November fand unser Jahresabschlussessen im Gasthof „Zur Einkehr“ statt. 15 Genossinnen und Genossen kamen.

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum nächsten Termin lädt der Vorstand der AG60 plus herzlich ein und freut sich auf euer Kommen. Am

Mittwoch, 14. Dezember, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

wollen wir – der Vorweihnachtszeit entsprechend – auf das Jahr 2016 und auf unsere Arbeit zurückblicken und unsere Aktionen für das Jahr 2017 planen.

Tagesordnung:
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Aktuelles
4. Nachlese „Herbstlicher Filmnachmittag“
5. Jahresrückblick
6. Programm für 2017
   - Filmreihe im Frühjahr
   - Exkursion Dokuzentrum Nürnberg
   - Pflege der Städtepartnerschaft mit den Jenensern
7. Verschiedenes

Im Namen des Vorstands:
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 9. November

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls
Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Wiechert und Genehmigung des Protokolls vom 7. September.

TOP 2: Aktuelles
Hartmut liest einen Brief der Freunde aus Jena vor. Sie bedanken sich herzlich über die beiden Berichte zu unserem Besuch in Jena. Ein Gegenbesuch aus Jena ist angedacht.

Außerdem wurde über die Verleihung der August-Bebel-Uhr gesprochen. Vorgeschlagen seitens der AG 60plus wurde einstimmig die langjährige Vorsitzende des Seniorenbeirats, Helga Steeger.

TOP 3: Seniorenfilmreihe im Herbst
Die Moderation der Filmveranstaltung am Dienstag 22. November um 15.00 Uhr im Saal der IG Metall, Friedrichstraße 6, hält die Stadträtin und aktuelle Vorsitzende des Seniorenbeirats Anette Christian. Der Film, „Comedian Harmonists“ wurde bereits im Monatsspiegel von November angekündigt. Die AG 60plus freut sich über viele Gäste. Für Kaffee und Kuchen ist gesorgt.

TOP 4: Verschiedenes
Die Einrichtung eines weiteren Weihnachtsmarktes auf dem „Altstädter Kirchenplatz“ wurde einstimmig begrüßt. Das Angebot auf dem „Neustädter Kirchenplatz“ wurde insofern bemängelt, als dass sich dieser Markt, der als Mittelalter-Markt begann, mittlerweile zu einer (Fr)Ess- und (S)Trinkmeile gemausert hat.

Der Vorsitzende machte auf die Veranstaltung mit unserer Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich aufmerksam. Die Veranstaltung beginnt am 25. November um 16 Uhr im Haus der Kirche am Bohlenplatz. Thema ist das neue Pflegegesetz.

Zum Schluss stellte unser Mitglied Ruth Sych, die sich als Zeitzeugin betrachtet, ihr Buch „Zeugnisse“ mit der Bitte vor, eine Lesung bei den Jusos halten zu dürfen. Die Zeugnisse umfassen die Jahre 1939 bis 1949, in der die Autorin in 8 verschiedenen Schulen an 7 verschiedenen Orten Erfahrungen sammeln durfte. Darunter war auch eine Oberschule, die von einem „Gaubeauftragten“ überwacht wurde.

Ruth Sych

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,
Unsere nächsten Sitzungen finden statt am Dienstag,
- 13. Dezember
- 10. Januar
- 24. Januar

Wir treffen uns jeweils um 20 Uhr im August-Bebel-Haus (Eingang zum Sitzungszimmer unten am Parkplatz). Die Sitzungsthemen sowie mögliche Terminänderungen werden vorher auf der Homepage (www.jusos-erlangen.de) bekannt gegeben.

Rote Grüße
Munib